

9. Aufwertung des Geschichtsunterrichts (Staatskunde) in der Volksschule

Interpellation Christoph Ziegler (GLP, Elgg) vom 30. Januar 2023

KR-Nr. 37/2023, RRB-Nr. 440/5. April 2023

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Vorerst möchte ich danken für die Antwort des Regierungsrates vom 5. April 2023. Meine Interpellation kommt aus der Praxis. Ich bin seit über 30 Jahren Geschichtslehrer an der Sekundarschule und konnte aus nächster Nähe beobachten, welchen doch für mich etwas bedauerlichen Wandel das Fach «Geschichte» im Laufe der Zeit durchgemacht hat. Eine Abwertung des Fachs ist schon mit der Einführung der obligatorischen zweiten Fremdsprache erfolgt. Der Bildungsrat forderte damals die Schulen auf, im Fach «Geschichte» eine Lektion zu streichen. Heute wird «Geschichte» an den Sekundarschulen nicht mehr durchgehend in zwei Lektionen unterrichtet. Das Fach «Geschichte» hat also Lektionen verloren, obwohl die Schülerinnen und Schüler in der Tendenz immer mehr Schullektionen besuchen. Es ist zwar durchaus in meinem Sinn, dass die Schülerinnen und Schüler in Zukunft nicht noch mehr, sondern eher weniger Pflichtlektionen verordnet bekommen. Bei einer allfälligen Neuverteilung gilt es also zu bedenken, dass die «Geschichte» bereits Einbussen erlitten hat.

Umso wichtiger ist deshalb die Qualität des Unterrichts. In der Lehrerbildung hat das Fach an Bedeutung verloren. Das Fach «Geschichte» ist kein eigenständiges Fach mehr, es wird an der PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) zusammen mit «Geografie» im Studienfach «GGP» (*Geschichte, Geografie, Politische Bildung*) unterrichtet. Ich bin dezidiert der Meinung, dass es für das Funktionieren unseres politischen Systems ein geschichtliches Basiswissen braucht. Ebenfalls ist es wichtig, das Interesse der Bevölkerung für politische Fragen zu wecken. In der Schweiz können wir über viele Sachgeschäfte abstimmen. Eine breite und wohlüberlegte Partizipation der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist deshalb wichtig und Voraussetzung für gute Entscheide, die eben auch breit abgestützt werden.

So gesehen lohnt es sich sicher, wenn wir genauer hinschauen, was an unseren Schulen im Fach «Geschichte» passiert. Es ist wichtig, dass man sich ein Bild machen kann von einem Fach, dessen staatspolitische Bedeutung in einer Demokratie erheblich ist. Was meint die Bildungsdirektion zum Fach «Geschichte»? Welche Anstrengungen werden von dieser Seite unternommen, um Kinder und Jugendliche möglichst gut auf ihr Leben als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vorzubereiten? Was wissen unsere Schulkinder zu geschichtlichen Ereignissen? Dies wollte ich erfahren, darum habe ich als Vehikel eine Interpellation gewählt. Übrigens habe ich festgestellt, dass nicht nur ich das wissen will, sondern dass solche Fragen auch die Bevölkerung und die Medien umtreiben.

Nun also zu den Antworten der Bildungsdirektion, sie sind leider ausweichend und enthalten wenig Substanzielles. Man spricht von einer stringenten Konzipierung des Geschichtsunterrichts im Lehrplan. Kein Wort davon, wie schwierig es für die Lehrpersonen ist, im Dschungel von Kompetenzziele den Überblick zu

behalten. Die Ziele sind sehr, ja, zu umfangreich und gleichzeitig wenig griffig. Ein Beispiel gefällig? Ich zitiere: «Die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule können Phasen der europäischen Einigung aufzählen und dabei die Position der Schweiz charakterisieren.» Wie die Umsetzung solcher aufgeblähten und schwammigen Ziele im Klassenzimmer aussieht, darüber fehlen offensichtlich ganzheitliche Erhebungen. Wir werden auf das Jahr 2026, den Abschluss des laufenden Evaluationszyklus, vertröstet. Ob dabei was rauskommt? Bei uns war die Fachstelle für Schulbeurteilung vor kurzer Zeit zu Besuch. Ich habe kein einziges Wort zum Geschichtsunterricht gehört, das war überhaupt nie Thema. Der Kanton weiss auch nicht, wie viele Lehrpersonen ohne Unterrichtsbefähigung für «Geschichte» dieses Fach unterrichten. Die Qualität der Ausbildung wurde nicht untersucht, obwohl man ein neues Studienfach, eben «GGP», eingeführt und die Fächer «Geografie» und «Geschichte» zusammengelegt hat. Weder der Bildungsrat noch die Fachstelle für Schulbeurteilung schauten bisher also genau hin. Im Stellwerktest werden zum Beispiel neben Mathematik, räumlichem Vorstellungsvermögen, Logik, Französisch, Deutsch, Englisch auch die anderen naturwissenschaftlichen Fächer wie Physik, Chemie, Biologie, nicht aber geschichtliches Wissen geprüft. Niemand weiss, was unsere Schulkinder wissen.

Dies ändert sich hoffentlich. Kritische Stimmen sind von überall her zu hören. Im Kanton Baselland zum Beispiel wurde auf Druck der Politik ein Basislehrplan mit verbindlichen Zielen für den Geschichtsunterricht geschrieben. Ich finde es doch überraschend, dass sich der Regierungsrat nicht wirklich dafür interessiert, wie «Geschichte» an unserer Volksschule unterrichtet wird. Es wäre interessant zu erfahren, was Schülerinnen und Schüler auf diesem Gebiet wissen. Wir müssen und wollen dranbleiben am Geschichtsunterricht, das Fach «Geschichte» darf in unserer Bildungslandschaft kein Mauerblümchendasein fristen. Ein guter Geschichtsunterricht und ein breites Geschichtswissen sind Voraussetzung für das Funktionieren unserer demokratischen Strukturen. Klare, griffige Lernziele, eine Richtschnur mit Themen, die in der Volksschule durchgenommen werden, «Geschichte» als eigenständiges Fach, wo historisches Wissen vermittelt wird, das sollte in unseren Schulen selbstverständlich sein. Schulabgängerinnen und Schulabgänger sollten zu den Jahreszahlen 1291 oder 1848 etwas sagen können. Demokratie oder Menschenrechte dürfen keine Fremdwörter werden. Ich persönlich werde mich als Lehrperson auch in meinen letzten Berufsjahren dafür einsetzen und ich hoffe, dass die Bildungsdirektion das auch macht. Danke.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Ja, die Reduktion des Geschichtsunterrichts auf anderthalb Wochenlektionen hat das Fach «Geschichte» geschwächt. Geschichtsunterricht sollte aufbauend mit Meilensteinen zentraler geschichtlicher Ereignisse sein. Die Fachstelle für Schulbeurteilung ist der SVP eigentlich ein Dorn im Auge, doch eine Frage ist berechtigt zu stellen: War der Geschichtsunterricht schon einmal ein Beobachtungsschwerpunkt? Wäre es besser, wenn die beiden Bereiche als eigenständige Module an der PHZH angeboten würden? Der Lehrmittelverlag stellt nämlich getrennte Lehrmittel zur Verfügung. Warum werden dann an der PHZH diese nicht so umgesetzt? Hat es eigentlich noch genügend

ausgebildete Lehrpersonen? Wir haben das jetzt von Christoph Ziegler gehört, nein, und zwar fehlen solche, die das Fach «Geschichte» vermitteln können.

Die Idee des Lehrplans 21 mit Kompetenzorientierung soll keine Abkehr von fachlichem Wissen und Kulturbildung sein. Der Geschichtsunterricht soll Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft neutral beleuchten. Im Kompetenzbereich «Politische Bildung» stehen die Basiskonzepte der Demokratie und Menschenrechte. Und wo stehen übrigens die Pflichten des Zusammenlebens? Aber bitte dann nicht moralisieren, wie wir es heute Morgen bei den Menschen (*KR-Nr. 92b/2021*) gehört haben.

Und zum Schluss: Wir haben etwas Bedenken, wenn die PHZH «Geschichte», «Geografie» und «Politische Bildung», GGP, neu im Fachbereich «Räume, Zeiten, Gesellschaften», hier abgekürzt RZG, unterrichtet, dies natürlich rein inhaltlich betrachtet. Was aber noch viel spannender ist, ist, dass GLP-Kantonsrat Christoph Ziegler eine Motion (*KR-Nr. 360/2024*) zur Reduktion um zwei Pflichtlektionen eingereicht hat. Das beisst sich hier etwas mit dieser Interpellation. Aufgepasst, sonst wird dann einfach mal «Geschichte» gestrichen. Danke an die Bildungsdirektion für die Beantwortung.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen): Zunächst vielen Dank für die Antworten. Meine Interessenbindung: Ich bin Historikerin und unterrichte «Geschichte» und «Politische Bildung» respektive Staatskunde an der Kanti Bülach.

Ich gestehe, dass ich das Fach «Geschichte» und damit die «Politische Bildung» als die beiden wichtigsten Fächer in der ganzen Schulbildung sehe; darüber lässt sich natürlich streiten. Rein subjektiv eingeschätzt, bräuchte es mehr Geschichtsunterricht und auch mehr «Politische Bildung», weil beide Bereiche eine essenzielle Grundlage für unser politisches System darstellen. Der Blick in die Geschichte und der aktuelle Blick über die Landesgrenzen hinaus zeigt, dass der Demokratie Sorge getragen werden muss und ein solches System keine Selbstverständlichkeit ist.

Die Regierung verweist in ihrer Antwort auf den Bildungsrat und die PH. Ersterer ist in der Verantwortung für die Lektionenzahl und die PH für die Qualität des Unterrichts. Das mag strukturell so stimmen. Die Interpellation lese ich aber so, dass es schon auch um ein grundsätzliches Bekenntnis zum Fach «Geschichte» und der «Politischen Bildung» gegangen wäre. Ich sehe es persönlich als kritisch an, wenn in der Ausbildung an der PH «Geschichte» und «Politik» mit «Geografie» als Integrationsfach gelehrt wird. Auf die Frage, ob eine separate Ausbildung besser wäre, wird nicht geantwortet. Hier hätte mich eine begründete Antwort sehr interessiert.

Der Verweis auf den Bildungsrat als verantwortliches Organ für die Lektionentafel ist an sich richtig. Jedoch haben die Schulen meines Wissens nach wie vor einen gewissen Gestaltungsraum, wie viele Lektionen sie den einzelnen Teilbereichen dann effektiv zuordnen. Hier habe ich keine kantonalen Vorgaben gefunden, in welchem Umfang die jeweiligen Teilbereiche dotiert sein müssen. Ich fände es auf jeden Fall sehr wichtig und wünschenswert, dass auch die «Politische Bildung» separat mit einem genügend grossen Umfang ausgewiesen würde, und

das auf allen Schulstufen. Meine Erfahrung zeigt, dass Schülerinnen und Schüler nur das unterrichtet bekommen, was als solches im Stundenplan steht. Ansonsten orten sie das nicht einem bestimmten Fach zu. Selbstverständlich machen ja alle «Politische Bildung», das ist bei uns zumindest an der Schule immer die Diskussion, wenn es um den Abbau vom Geschichtsunterricht geht. Auf der anderen Seite vermitteln wir ja alle auch die basalen Kompetenzen, und trotzdem sind dort klare Verantwortlichkeiten geschaffen worden, welche Fächer hauptverantwortlich dafür sind. Bezüglich der Qualität der Fächer «Geschichte» und «Politische Bildung», eine weitere Frage der Interpellation, liegen leider noch keine Untersuchungen oder fundierte Beobachtungen vor, und ich erhoffe mir sehr, dass nach Abschluss des laufenden Evaluationszyklus 2026 hier eine Antwort mit etwas mehr Fleisch am Knochen kommt.

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Vorab meine Interessenbindung: Ich bin Schulpräsidentin der Schule Wehntal, einer Gesamtschule im Wehntal, und ich bin von Haus aus auch Historikerin.

Die Interpellation trägt zwar den Titel «Aufwertung des Geschichtsunterrichts», aber sie fragt eigentlich nach den Voraussetzungen für den Geschichtsunterricht an der Zürcher Volksschule. In ihrer Anlage ist sie dazu ausgelegt, nicht nur über strukturelle, sondern eben auch inhaltliche Fragen zum Geschichtsunterricht zu debattieren. Die Wertigkeit des Geschichtsunterrichts hat Ihnen ja der Interpellant Christoph Ziegler bereits sehr anschaulich dargelegt.

Wie er auch ausgeführt hat, schafft es tatsächlich Geschichtsunterricht immer wieder einmal in die Medien. Diesen Sommer hat sich die Präsidentin (*Dagmar Rösler*) des Lehrerinnen- und Lehrerverbands der Schweiz (*gemeint ist die Dachorganisation der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz [LCH]*) erst geäußert, und die Kritik, die sie geäußert hat, müsste uns im Kontext dieser Interpellation zu denken geben. Sie bemängelte nämlich die fehlende Unterstützung für Lehrpersonen, die in ihrem Unterricht politische Themen behandeln möchten. Und hier sind wir eben dann genau bei den strukturellen Fragen. Wenn Lehrpersonen in ihrem Unterricht historisch politische Themen behandeln und eben nicht nur antippen möchten, dann braucht es gelingende Voraussetzungen; Voraussetzungen, die einerseits mit der Ausbildung der Lehrpersonen zu tun haben, die in den Lehrmitteln gegeben sein müssen, aber auch Voraussetzungen, die in der Lektionentafel begründet liegen. In diesem Sinne stellt die Interpellation genau die richtigen Fragen. Sie will nämlich vom Regierungsrat wissen, wie es denn um die Bedeutung des Fachs «Geschichte» bestellt ist und was die Einschätzung des Regierungsrates dazu ist.

Schon die Antwort auf die erste Frage hätte eigentlich eine diesbezügliche Einschätzung sein können. Es geht dabei um die Reduktion der Geschichtswochenlektionen und die Frage der Haltung des Regierungsrates dazu. Die Antwort der Regierung ist ernüchternd. Statt eine Einschätzung ihrer Haltung zu geben, weicht die Bildungsdirektion einmal mehr – so möchte man halt sagen – auf Formalismen aus. Die Frage lautet doch nicht, «wer ist der Bildungsrat im Kanton Zürich?», aber genau darauf bekommen wir eine Antwort. Was ist mit der tatsächlichen

Frage des Interpellanten, nämlich, ob die Einschätzung der als genügend empfundenen Wochenlektionen Geschichtsunterricht nicht allein dem Bildungsrat überlassen werden soll? Das war gefragt, aber hierauf gibt es keine Antwort.

Und so geht es auch gleich weiter mit der Beantwortung der zweiten Frage. Auch hier wurde nicht nach Bestimmungen und Regierungs- und Bildungsratsbeschlüssen gefragt, sondern nach einer Einschätzung der Regierung, ob die Geschichtswochenlektionen ausreichend für einen aufbauenden Geschichtsunterricht seien. An alle, die es noch nicht gewusst haben, wir wissen es jetzt nach der Antwort: Der Bildungsrat legt die Lektionentafel fest. Immerhin versucht der Bildungsrat aufzuzeigen, dass die Idee der Kompetenzorientierung keine Abkehr von fachlicher Wissens- und Kulturbildung darstellt. Aber hier wäre eben genau die Gelegenheit gewesen aufzuzeigen, inwiefern die heute allozierten Lektionen in den Augen der Regierung – nach deren Meinung wurde gefragt, ich wiederhole es – ausreichend sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Bei den Fragen 3 und 4 wird auf die Berichte der Fachstelle für Schulbeurteilung, FSB, verwiesen. Man darf tatsächlich gespannt sein auf die Resultate des Beobachtungszyklus, der ja 2026 abgeschlossen sein wird, ob dann da tatsächlich auch Aussagen zum Geschichtsunterricht vorkommen. Allerdings wünschte man sich in dieser Hinsicht auch eine Ausgangslage der Beurteilung. Das hätten wir gerne vom Regierungsrat gewusst. Wie steht es heute? Wie sieht es aus nach Abschluss dieses Zyklus? Denn wenn wir keine Ausgangslage haben, macht doch überhaupt das Abwarten der Zyklusvollendung im Sinne eines Vergleichs nur wenig Sinn. Aus persönlicher Erfahrung – und sicherlich ist das keine statistisch relevante Grösse – war der Geschichtsunterricht noch nie inhaltlich Thema einer Rückmeldung der FSB.

Zusammenfassend muss festgehalten werden, was sich schon bei der Beantwortung der ersten Frage abgezeichnet hatte: Die Bildungsdirektion will offenbar einer politischen Debatte zur Wertigkeit des Geschichtsunterrichts ausweichen und speist den Interpellanten und damit den ganzen Kantonsrat mit Allgemeinwissen ab. Das zementiert leider das Empfinden, wonach die Regierung keinerlei Einschätzung zu den Voraussetzungen für einen guten Geschichtsunterricht machen will, sondern dies dem Bildungsrat und dem Lehrmittelverlag überlässt. Das ist bedauerlich, denn es wäre an der Regierung, hier auch einen Takt vorzugeben. Es wäre wichtig, den Takt vorzugeben, für wie wichtig die Regierung den Geschichtsunterricht eben hält. Damit wird weiter zugelassen, dass der Geschichtsunterricht je länger, je mehr abgespeist, aufgeweicht und degradiert wird.

Hier braucht es ein mutiges Eintreten für eine umfassende und fachlich hervorragende historische Bildung als Grundvoraussetzung für jegliche demokratische Einsichten, zu denen man doch hofft, alle Kinder und Jugendlichen animieren zu können. Und da spielen auch genügend Lektionen eine ganz entscheidende Rolle. Besten Dank.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Selbstverständlich messen wir dem Geschichtsunterricht in der Volksschule grosse Bedeutung zu. Er hat nicht nur allgemeinbil-

denden Charakter, sondern schult Kinder und Jugendliche im Denken, im Argumentieren, im Abwägen von Pro und Kontra in einer Diskussion. Geschichtsunterricht ist auch in einem ethischen Sinne essenziell: Heranwachsende Generationen sollen sich aktiv am gesellschaftspolitischen Zeitgeschehen und an der historischen Vergangenheitsbewältigung beteiligen können. Ja, wir brauchen eine aufgeklärte Jugend, die politisch denken kann und die versteht, wie und weshalb unser Staat aufgebaut ist und wie er funktioniert. Aus schulischer Sicht ist diese Art von Bildung durchaus möglich, der Lehrplan 21 bietet dazu Hand.

Der Antwort des Regierungsrates ist zu entnehmen, dass die heutige Lektionentafel den Geschichtsunterricht nicht schwächer gewichtet als früher. Auch wenn die aktuelle Lektionentafel überladen daherkommt, findet eine Lehrperson immer eine Möglichkeit, ihre Schwerpunktthemen einzubringen. Wieso zum Beispiel nicht ein täglicher 15-Minuten-Input innerhalb eines jeden Schulmorgens zum aktuellen Zeitgeschehen? Die Lehrpersonen sind gefordert, ihren Unterricht so zu gestalten, dass gesellschaftspolitische Fragestellungen genügend Raum haben. Eine spezifische Lektion zum Beispiel zum Thema Staatskunde, ja, sicher, aber gesellschaftspolitische Fragestellungen sind im eigentlichen Sinne fächerübergreifend. Interdisziplinäre Projekte sind hierzu der Schlüssel. «Sprachen», «Geografie», «Geschichte», «Religion» und «Technik» können zum Beispiel miteinander verbunden werden. Auf diese Weise verhindert man dann auch, dass pro Woche gemäss Fragestellung der Interpellation nur 1,5 Stunden «Geschichte» unterrichtet wird. Für den kompetenzorientierten und interdisziplinären Unterricht braucht es gut qualifiziertes Personal. Eine Schulleitung kann Lehrpersonen ohne Unterrichtsbefähigung für ein Jahr einsetzen, danach sind die Lehrpersonen zu einer entsprechenden Nachqualifikation verpflichtet. Somit sehen wir Grüne keinen weiteren Handlungsbedarf, was die Anliegen dieser Interpellation betrifft.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Es geschieht mit grosser Regelmässigkeit, es wird deswegen aber nicht besser: Als Kantonsrat wollen wir «Bildungsrat» spielen. Bei allem Respekt vor dem Anliegen und der Fachkompetenz des Interpellanten, wir haben ja eben genau diesen Bildungsrat eingesetzt und gewählt, damit er als Expertengremium Bildungsfragen sachlich und kompetent besprechen und regeln kann. Und wir tun gut daran, wichtige Lehrplan- und Lektionentafel-Entscheidungen auch künftig durch dieses Fachgremium regeln zu lassen, statt sie zum Spielball der Politdebatten zu machen. Ganz abgesehen davon war «Geschichte» auch vor dem Lehrplan 21 kein eigenes Fach. Im alten Lehrplan gehörte es zum Fachbereich «Realien», heute zum Fachbereich «Räume, Zeiten, Gesellschaften». Der Geschichtsunterricht umfasst im Lehrplan 21 die Kompetenzbereiche «Schweizer Geschichte», «Weltgeschichte», «Politische Bildung» und «Geschichtskultur». Die Anzahl der Lektionen wurde nicht gekürzt. Und aktuell werden die Auswirkungen des Lehrplans 21 auf mehreren Ebenen evaluiert: durch die Fachstelle für Schulbeurteilung, mit einer neuen Zürcher Lernverlaufserhebung und mit einer Anhörung der Lehrpersonenkonferenz. Ich denke, wir können es ohne Sorge den zuständigen Gremien überlassen, aufgrund der Ergeb-

nisse allfällige Massnahmen zu treffen, und damit dem von uns gewählten Bildungsrat auch unser Vertrauen und unseren Dank ausdrücken für seine wertvolle Arbeit.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Geschichte ist wichtig. Nur wenn wir wissen, woher wir kommen, können wir unsere Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten. Gerne erlaube ich mir zu dieser Interpellation aber grundsätzliche Vorbemerkungen:

Zuständig für die Ausarbeitung des Lehrplans und der Lektionentafel ist gemäss Volksschulgesetz der Bildungsrat. Der Bildungsrat wird von Ihnen gewählt und setzt sich aus Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Vertretungen des Schulfeldes zusammen. Er ist breit abgestützt, demokratisch legitimiert und nimmt seine Aufgaben gewissenhaft wahr. Die Erarbeitung des Lehrplans erfolgt im Rahmen einer breiten Vernehmlassung und wird, wie von der Bundesverfassung gefordert, national koordiniert. Ich finde es wichtig, dass wir die gesetzliche Aufgabenteilung in diesen Fragen respektieren.

Und somit muss ich hier klar deklarieren: Nein, wir wollen keine politischen Debatten zu jedem einzelnen Fach. Denn wir könnten jetzt über «Geschichte», «Geografie», «Turnen», «Handarbeit» und so weiter diskutieren, wie viele Stunden davon man in den Schulen haben möchte. Der Kantonsrat hat aber die Kompetenz des Bildungsrates in der Frage der Lektionentafel zu respektieren, und wenn er das ändern will und die Lektionentafel künftig politisch im Kantonsrat beraten möchte, dann muss er den Bildungsrat abschaffen.

Die Schülerinnen und Schüler in der Sekundarschule haben zwischen 32 und 36 Lektionen Unterricht pro Woche. Wenn Sie mehr «Geschichte» unterrichten wollen, haben Sie zwei Möglichkeiten: Sie erhöhen die Anzahl Lektionen. Das ist aus meiner Sicht aufgrund der heute schon sehr grossen Belastung weder für Schülerinnen und Schüler noch für Lehrpersonen zumutbar. Diese Ansicht wird nun offenbar auch von den Interpellanten geteilt, wenn sie mit einer Motion die Reduktion der Lektionenzahl in der Volksschule fordern; ich verweise auf Kantonsratsnummer 360/2024.

Oder die zweite Variante ist, dass Sie den Unterricht in einem anderen Fach kürzen. Da alle Fächer wichtig sind, dürfte das nicht ganz einfach werden. Bei der nächsten Debatte über ein solches Thema werden dann alle Geografielehrer aufstehen, wenn wir über «Geografie» reden, und die Turnlehrer, wenn wir über «Turnen» reden. Die Reaktionen der Vertreter der betroffenen Fächer werden auf den Fuss folgen, vielleicht wieder in Form einer Interpellation.

Zum Inhaltlichen: Die Interpellanten gehen davon aus, dass der Geschichtsunterricht auf der Sekundarstufe geschwächt wurde. Das trifft nicht zu, eher das Gegenteil ist der Fall: Der Lehrplan 1991 sah nur Lektionen für das Fach «Realien» vor. «Realien» umfasste «Geschichte», «Geografie», «Biologie», «Chemie» und «Physik». Mit dem Lehrplan 21 wurde «Realien» aufgeteilt in «Natur und Technik» sowie «Räume, Zeiten, Gesellschaften». Die Anzahl Lektionen wurde also nicht reduziert, «Geschichte» war auch unter dem alten Lehrplan nicht ein eigenes

Fach. Die Fächer «Geschichte» und «Geografie» werden im Zeugnis der Sekundarschule auch heute getrennt benotet.

Die Ausbildung für Sekundarlehrpersonen wurde an den Lehrplan angepasst. Die PH Zürich hat das Studienfach «Geschichte, Geografie, Politische Bildung» eingeführt, das aus dem Fachbereich «Räume, Zeiten, Gesellschaften» kommt. Das Studium setzt sich aus fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und berufspraktischen Elementen zusammen und umfasst 40 ECTS-Punkte (*European Credit Transfer System*). Die fachwissenschaftliche Ausbildung findet an der Uni Zürich statt, und die so ausgebildeten Sekundarlehrpersonen sind umfassend für den Unterricht im Fachbereich ausgebildet.

Schliesslich noch zur Feststellung der Interpellanten, dass an Gymnasien mehr «Geschichte» unterrichtet wird als an Sekundarschulen und Berufsfachschulen. Das ist so und liegt in der Natur der Sache. An Berufsschulen werden rund halb so viele Lektionen wie an den allgemeinbildenden Gymnasien unterrichtet und der berufskundliche Unterricht nimmt davon einen grossen Teil ein. Ein Vergleich von einzelnen Fächern ist deshalb nicht zielführend. Die Schultypen unterscheiden sich, was sich auch in der Lektionentafel niederschlägt.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit und einen schönen Nachmittag.

Ratspräsident Jürg Sulser: Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.